

und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen", die am 24.10.1970 von der UNO-Vollversammlung einmütig gebilligt wurde, wird das Prinzip der N. eindeutig zu einem allgemein verbindlichen, zwingenden Grundprinzip des demokratischen Völkerrechts erklärt, in seinem Inhalt präzisiert und im einzelnen wie folgt bestimmt: „Kein Staat und keine Staatengruppe haben das Recht, sich aus irgendeinem Grunde direkt oder indirekt in die inneren und äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen. Folglich sind die bewaffnete Intervention und alle anderen Formen von Einmischung oder Drohver suchen gegen die Völkerrechtssubjektivität eines Staates oder gegen dessen politische, wirtschaftliche und kulturelle Bestandteile völkerrechtswidrig. Kein Staat kann wirtschaftliche, politische oder irgendwelche anderen Maßnahmen anwenden oder deren Anwendung unterstützen, um einen anderen Staat zu zwingen, auf die Ausübung souveräner Rechte zu verzichten, und um von ihm irgendwelche Vorteile zu erlangen. Desgleichen darf kein Staat subversive, terroristische oder bewaffnete Aktivitäten organisieren, unterstützen, schüren, finanzieren, anreizen oder dulden, die dazu bestimmt sind, gewaltsam das Regime eines anderen Staates zu ändern sowie in die inneren Kämpfe eines anderen Staates einzugreifen. Die Gewaltanwendung mit dem Ziel, die Völker ihrer nationalen Integrität zu berauben, ist ein Verstoß gegen deren unveräußerliche Rechte und das Prinzip der Nichteinmischung. Jeder Staat hat ein unveräußerliches Recht, sein politisches, wirtschaft-

liches, soziales und kulturelles System ohne jedwede Form der Einmischung von seiten eines anderen Staates zu wählen." Während die sozialistischen Staaten konsequent für die N. eintreten und sie verwirklichen, gehört die offene Mißachtung des zwingenden völkerrechtlichen Grundprinzips der N. zu den typischen Mitteln imperialistischer Politik. Davon zeugen die groben und oft gewaltsamen Einmischungen bzw. Einmischungsversuche z. B. der USA in die inneren Angelegenheiten zahlreicher lateinamerikanischer und afrikanischer Staaten. Die imperialistische Einmischungspolitik wird häufig bis zur direkten Aggression gesteigert wie die der USA in Indochina und die Israels im Nahen Osten. Zu den Praktiken imperialistischer Staaten gehört es, unter demagogischer Verfälschung des Grundprinzips der N. reaktionäre Regimes bzw. Staaten zu begünstigen. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die sog. „N.s-politik" der Westmächte in Spanien (1936-1939), durch die der legalen spanischen Regierung jede Hilfe versagt wurde, während die faschistischen Putschisten unter Franco die uneingeschränkte Unterstützung des deutschen und des italienischen Faschismus erfuhren.

nichtkapitalistische Entwicklung: in der gegenwärtigen Etappe ein Weg revolutionärer, konsequent antiimperialistisch-demokratischer Umgestaltung in Staaten Asiens und Afrikas mit dem Ziel, im Rahmen einer längeren Übergangsphase die Voraussetzungen für den späteren Übergang zum Sozialismus zu schaffen. Die Führung in diesem Prozeß liegt gegenwärtig in den Händen revolutionärer De-